



zur debatte

4/2018

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



8
Die Pianistin Anna Gourari gab ein Konzert und bot Workshops für den Nachwuchs



9
Was Menschenwürde denn eigentlich ist, fragte Dr. Eva Weber-Guskar



14
Prof. Dr. Dr. Peter Koller zeigte eine Systematik der Menschenrechte



18
Vom gefährlichen Einsatz für die Menschenrechte berichtete Dr. Ingrid Baus-Gall von Amnesty International



24
Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins sieht das Menschenrecht der Religionsfreiheit unter Druck



31
Einen Gegenentwurf zu Max Webers Entzauberungsthese präsentierte Prof. Dr. Hans Joas



35
Prof. Dr. Paul Kirchhof sprach von Religion und Recht in der Theologie Eugen Bisers



43
Analysierte die kontroversen Deutungen der Geschichte der „Weißen Rose“: Prof. Dr. Michael Kißener

Kurdenkriege



Dr. Rainer Hermann, Islamwissenschaftler und Journalist im Ressort Politik der FAZ mit dem Schwerpunkt Naher Osten und Islamische Welt (re.), im Gespräch mit General a.D. Klaus Naumann.

Es ist der Bürgerkrieg in Syrien, in dessen Kontext die kurdische Volksgruppe vor allem im Fadenkreuz steht. Doch Kurden leben nicht nur in Syrien, sondern auch in der Türkei, im Irak und Iran und scheinen im Krisenherd Mittlerer Osten zum Spielball örtlicher Warlords geworden zu sein. Bei der Abendveranstaltung „Kurdenkriege. Konflikte um ein Volk ohne Land“ am 10. April 2018 stellte

die Katholische Akademie Bayern die Konflikte, denen sich die Kurden aktuell konfrontiert sehen, in den Mittelpunkt. Es referierte der Islamwissenschaftler und FAZ-Journalist Rainer Hermann, der im Anschluss an seinen Vortrag mit General a.D. Klaus Naumann diskutierte. Im Folgenden dokumentieren wir den Vortrag von Rainer Hermann und das überarbeitete Gespräch.

Konflikte um ein Volk ohne Land

Rainer Hermann

Die arabische Welt erlebt die schwerste Krise seit den Mongolenstürmen des 13. Jahrhunderts. Staaten zerfallen, es zerfällt die regionale Ordnung. Viele kleine Kriege ergeben einen großen Krieg. Einer dieser vielen Kriege ist der Kurdenkrieg.

Das Fenster schließt sich wieder. Nur kurze Zeit war es geöffnet und nicht weit genug. Das Fenster hätte in eine kurdische Eigenstaatlichkeit führen können. Nun werden die Kurden auf eine weitere Gelegenheit warten müssen, bevor sie erstmals in der Moderne einen eigenen Staat haben werden.

In der Geschichte hatte es wiederholt lokale kurdische Dynastien gegeben, meist im Osten Anatoliens und Nordwesten Irans. Dabei verwalteten sich die Kurden selbst. Das war die Zeit von 950 bis 1100. Die Namen sagen uns heute nichts mehr. Die Dynastien hießen die Schaddadiden, die Hasanwaihiden, die Marwaniden. Es war die Zeit von Großreichen. Kriege zwischen ihnen haben, wie heute, Vakuen geschaffen, in denen es vorübergehend kurdische Kleinstaa- ten geben konnte.

Auch damals schlossen sich die Fenster, die die Geschichte immer wieder öffnet. Die Dynastie der Hasanwaihiden wurde von den Buyiden überrannt, die der Marwaniden von den Seldschuken. Nie hielt sich ein kurdischer Staat auf Dauer.

I. Zwei Vorbemerkungen

Zwei einleitende Beobachtungen sind wichtig. Erstens, die Geschichte eröffnet immer wieder Chancen für eine Selbstbestimmung. Eine Chance tat sich für die Kurden immer dann auf, wenn die Staaten zerfallen, unter denen sie gelebt haben.

Das war der Fall nach dem Untergang des Osmanischen Reichs. Der Friedensvertrag 1920 von Sèvres sah zunächst einen kurdischen Staat vor. Im Vertrag von Lausanne von 1923 nahmen die Alliierten diese Zusage aber zurück. Die türkische Unabhängigkeitsbewegung unter Atatürk war stark genug, das durchzusetzen.

In der Gegenwart schienen die Kurden zu den Gewinnern des Zerfalls der arabischen Staatenwelt zu zählen. Nach dem Zweiten Golfkrieg 1991 erklärte der UN-Sicherheitsrat für den Nordirak eine Flugverbotszone. Die Kurden konnten sich vom Rest-Irak abkapseln und Autonomie einleiten. 2011 begann in Syrien der Staatszerfall. Die Kurden richteten eine eigene Verwaltung ein, um sich in Zeiten des Kriegs selbst zu verwalten.

Dennoch geht der Traum von der Selbstbestimmung und von Eigenstaatlichkeit weiter nicht in Erfüllung. Dafür stehen zwei Namen: Kirkuk und Afrin.

In Irakisch-Kurdistan stimmten beim Referendum vom 23. September zwar 93 Prozent für die Unabhängigkeit. Der erstarkte irakische Zentralstaat erkannte das aber nicht an, die irakische Armee eroberte das den Kurden wichtige Kirkuk.

In Syrien steht Afrin für den abermals gescheiterten Traum. Türkische Truppen, unterstützt durch Russland, haben in diesem Jahr in der Operation „Olivenzweig“ die kurdische Enklave in Nordsyrien erobert.

Das führt uns zur zweiten Vorbemerkung. Erstens also, die Geschichte öffnet immer wieder für kurze Zeit Chancen. Zweitens zeigt uns das Beispiel Afrin, dass sich die „Kurdenfrage“ verändert hat.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Wie politisch ist (christlicher) Glaube? Wie politisch kann, wie politisch soll er sein? Und umgekehrt: wie christlich kann oder soll Politik sein? Fragen, die augenblicklich auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert werden – verbunden mit ganz verschiedenen Themenstellungen.

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe der „debatte“ zeigt, wie weit sich dann der Bogen spannt, unter dem Religion und Gesellschaft, Kirche und Politik, Glaube und soziales Engagement in ihren wechselseitigen Einflüssen oder auch Abgrenzungen eingeordnet werden.

Da beginnt der Schwerpunkt „Kurdenkriege“ mit einem „Panorama Naher Osten“, nicht zuletzt aufgrund der religiösen Verwerfungen wohl eine der gefährdetsten und gefährlichsten Regionen unserer Erde.

Die Frage „Menschenrechte – Erosion einer Idee?“ hatte bei den Philosophischen Tagen 2017 immer wieder auch jene Letztbegründung der Menschenrechte, der Menschenwürde reflektiert, deren religiöse Verankerung heutzutage durchaus kontrovers gesehen wird. Bei diesem Thema denke ich natürlich an das berühmte „Gespräch Habermas-Ratzinger“ zurück, als Jürgen Habermas dem Kardinal konzidierte, die säkulare Rede von der unantastbaren Menschenwürde könne die biblische Tradition der „Gottebenbildlichkeit des Menschen“ inhaltlich nicht adäquat ersetzen. Übrigens ist die Dokumentation der beiden Statements jenes Abends eben im Verlag Herder neu herausgekommen. Ein deutliches Zeichen, wie aktuell und notwendig dieser Diskurs bleibt.

Wie die säkulare Weltsicht unserer Tage religiös verstanden und konstruktiv gedeutet werden sollte, wurde bei weiteren Veranstaltungen an zwei konträren Denkern sichtbar: an Max Webers „Entzauberungshypothese“ und – anlässlich seines 100. Geburtstags – am lebenslangen Einsatz Eugen Bisers für eine Theologie, die die kulturell-geistesgeschichtlichen Positionen der Moderne kreativ aufgreift.

Schließlich stellten neueste Forschungsergebnisse über die „Christliche Motivation“ der Münchner Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ jene radikalen Konsequenzen vor Augen, zu denen eine tiefe Verankerung im Glauben eben führen kann und in extremer Situation auch führen wird.

Vielleicht relativiert die Erinnerung jenes letzten Horizontes die Aufgeregtheit mancher Diskussionen und ermöglicht so das bessere gegenseitige Verständnis im gesellschaftlichen Diskurs unserer Tage.

Mit herzlichen, sommerlichen Grüßen!

Ihr

Dr. Florian Schuller

Ein erster Aspekt dazu: Früher hatte jeder Staat seine eigene, nationale „Kurdenfrage“ – die Türkei, der Irak, Syrien, Iran. Heute sind diese nationalen Kurdenfragen miteinander verschränkt. Was in der Türkei geschieht, hat Einfluss auf Syrien – und umgekehrt. Heute haben wir eine transnationale Kurdenfrage. Damit wird Kurdistan ein Schlachtfeld für größere strategische Interessen einzelner Akteure: Russland sieht eine Chance, die Türken näher an sich zu ziehen, indem es Ankara die syrischen Kurden überlässt; die USA wiederum wollen über Syrien (und ihre Zusammenarbeit mit den Kurden) Iran zurückzudrängen und den IS bekämpfen.

Ein zweiter Aspekt, wie sich die Kurdenfrage verändert hat: Ein grenzüberschreitender kurdischer Nationalismus ist entstanden. Lange hatten innerkurdische Konflikte die Kurden geschwächt. Ein Wendepunkt war Kobane. Kurden aus Syrien, der Türkei und dem Irak verteidigten die Stadt und schlugen den IS zurück. Das war ein Zeichen, dass die Kurden Erfolg haben, wenn sie zusammenstehen. Ebenso bei der Verteidigung von Sinjar gegen den IS. Das bedeutet aber nicht, dass die Meinungsverschiedenheiten unter ihnen beigelegt wären.

II. Kurdische Akteure

Wir können drei wichtige Akteure unterscheiden: In der Türkei erfreut sich unter den Kurden die PKK – trotz ihrer Brutalität und ihres stalinistischen Selbstverständnisses – unverändert großer Popularität. Denn sie hat die Kurdenfrage zu einem internationalen Thema gemacht. Politischer Vertreter der Kurden war in der Türkei bis zuletzt die sozialdemokratische, prokurdische Partei HDP. Ihre Wahlerfolge gingen auf Kosten der Popularität der PKK. Als der türkische Staat die HDP zerschlug, machte sie die PKK wieder zum einzigen kurdischen Akteur. Einen politischen Ansprechpartner unter den Kurden gibt es nicht mehr.

In Syrien stehen die politische Partei PYD und ihre Miliz YPG der PKK nahe. Denn PKK-Chef Öcalan war nahe der Grenze zu Syrien aufgewachsen. Er floh in den 1980er Jahren vor dem Putschregime und fand bei den Kurden Syriens Zuflucht. Sie übernahmen im Untergrund seine Ideologie. Das erklärt die enge Verbundenheit der Kurden beider Länder.

Die PKK ist also nicht mehr eine reine türkisch-kurdische Kraft. Sie ist nun eine grenzüberschreitende kurdische Organisation mit Ablegern in Syrien, im Irak und in Iran. Selbst wenn die PKK in der Türkei besiegt würde, wäre das nicht das Ende der PKK.

Im Irak dominiert die KDP von Masud Barzani. Sie ist konservativ und hat traditionell gute Beziehungen zur Türkei. Das führt zu Spannungen mit der linken PKK. Zwei gemäßigt linke, aber kleinere Parteien, die PUK und Goran, stehen in Rivalität zur KDP.

Die Zahl der Kurden wird auf 40 Millionen geschätzt. Das entspricht etwa der Einwohnerzahl von Polen oder der Ukraine. Sie sind überwiegend auf vier Länder verteilt. In drei von ihnen – in der Türkei, in Syrien und im Irak – gibt es Kurdenkriege, die zusammenhängen. Insofern muss sich die Türkei entscheiden, ob sie ihren Konflikt mit der PKK friedlich lösen will oder ob sie den Krieg auch in andere Länder tragen will. Sie hat sich für das Letztere entschieden. So bekämpft die Türkei Kurden im eigenen Land, sie führt einen Krieg gegen die Kurden in Syrien, und sie ist im Nordirak einmarschiert.

Lediglich im Iran ist die Kurdenfrage derzeit nicht virulent. An den Protesten Ende 2017 waren aber auch kurdische Provinzen beteiligt. Aus aktuellem An-

lass gilt es im Folgenden zu klären, wie die Kurdenkriege in der Türkei und in Syrien zusammenhängen.

III. Der Kurdenkrieg in der Türkei

Eine der Konstanten der Türkei sind kurdische Aufstände. Ein paar Jahreszahlen: 1925 Scheih Sa'eed; 1937 wurde nach Protesten gegen Zwangsumsiedlungen die Stadt Dersim zerstört und als Tunceli wiederaufgebaut; 1943 wurde nach der Revolte vom Ararat die Stadt Dogubeyazit dem Erdboden gleichgemacht; 1984 bis 1999 dauerte der Bürgerkrieg zwischen dem türkischen Staat und der PKK.

Die AKP unternahm – erst als Regierungspartei, dann als Staatspartei – mehrere Anläufe, die Kurdenfrage friedlich zu lösen. Der letzte Anlauf begann 2013. Türken und Kurden nannten das, was folgte, die „demokratische Öffnung“ beziehungsweise der „demokratische Frühling“. Treibende Kraft war Besir Atalay, einer der Stellvertreter des damaligen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan.

Der türkische Staat verhandelte in Oslo mit Vertretern der PKK, und auf der Gefängnisinsel Imrali mit PKK-Chef Öcalan. Mit den Friedensverhandlungen endeten die bewaffneten Auseinandersetzungen. Eine Debatte über eine neue Verfassung begann, ein neuer Geist von Toleranz machte sich breit. Bei den Kurden fand eine Frauenrevolution statt: Bei den Lokalwahlen wurden in den kurdischen Städten jeweils ein Mann und eine Frau zu Ko-Bürgermeistern gewählt.

Die Vorläufer der HDP waren als prokurdische Parteien noch alle verboten worden. Die HDP fand als sozialdemokratische Partei erstmals auch Unterstützung unter Türken, ihr Vorsitzender, der charismatische Selahattin Demirtas, wurde der aufsteigende Stern der türkischen Linken.

Es fand eine demokratische Revolution statt, den Menschen machte Politik Freude, viele engagierten sich. Der HDP wurde ein Stimmenpotential von 20 Prozent zugetraut. Für die AKP stellte sich die Frage: Mit der HDP zusammenarbeiten oder bekämpfen? Die HDP lehnte es ab, dem Staatspräsidenten über eine Änderung der Verfassung große Vollmachten einzuräumen. Daher entschied Erdogan, sie zu bekämpfen.

Der Wendepunkt war die Wahl vom Juni 2015, bei der die AKP ihre absolute Mehrheit auch deshalb verlor, weil die HDP überraschend gut abgeschnitten hatte. Die Kurden hatten mehr vom Friedensprozess profitiert als die AKP. Die Verhandlungen wurden nicht fortgeführt, der türkische Staat und die PKK griffen wieder zu den Waffen. Das geschah so: Kurdisch regierte Stadtverwaltungen erklärten ihre Autonomie; radikale Jugendliche schlossen sich zu einer „Revolutionären Jugendbewegung“ zusammen, sie starteten eine Intifada und hoben Schützengraben. Spezialeinheiten des türkischen Staats gingen mit großer Brutalität vor, mehrere Städte wurden zerstört, etwa das historische Zentrum von Diyarbakir, Cizre, Nusaybin und andere. Ein halbe Million Kurden wurden zu Binnenflüchtlingen. Im Sommer 2016 war die Revolte niedergeschlagen.

Parallel dazu setzte der türkische Staat Drohnen ein, um etwa 600 Leute aus dem Führungskader der PKK zu töten. Zudem werden die HDP und die kurdischen Politiker ausgeschaltet. Derzeit sind mehr als 10 der 59 Abgeordneten der HDP inhaftiert, ihr Mandat wurde ihnen aberkannt, auch Demirtas. Im März wurden zwei Abgeordnete inhaftiert: Nadir Yildirim, wegen Tweet zu Afrin: „Wir sind für Frieden, lasst uns die Aggression stoppen“;



Franz Maget, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie und früher für die SPD Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Er war nach Beendigung seiner Politikerlaufbahn zwei Jahre als Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Tunis.

Ahmet Yildirim, der Erdogan „falschen Kalifen“ nannte. 84 Bürgermeister sind in Haft; in 94 der 102 Kommunen wurden die gewählten kurdischen Bürgermeister durch Beamte ersetzt, die der Innenminister ernannt hat. Die Welt schwieg auch dazu.

Entlassen, abgesetzt und teilweise verhaftet wurden mehrere 10.000 gewählte Stadträte, städtische Angestellte sowie Funktionäre oder freiwillige Mitarbeiter der HDP und deren regionaler Schwesterpartei.

Das Ergebnis: Die Kurden – und die ganze Türkei – sind aus dem Traum der „demokratischen Öffnung“ erwacht. Der Weg führte vom Traum zu einem Trauma. Legale Möglichkeiten prokurdischer Politik sind heute verschlossen. Dennoch gab es im März gegen die Invasion in Afrin noch Proteste, feierten Kurden am 21. März in 20 Städten „Nevruz“, selbst wenn Tausende inhaftiert wurden. Eine Friedhofsruhe ist also noch nicht eingekehrt.

Was hat Erdogan mit den Kurden vor? Was ist sein Endziel? Zwei Punkte: Erstens, das innenpolitische Ziel ist, die linke Kurdenpolitik zu zerstören, ein Vakuum zu schaffen und dann seine konservative AKP in das Kurdenmilieu hinein zu erweitern. Zweitens, außenpolitisch stehen die Kurden – etwa in Syrien – einer Türkei im Wege, die expandiert. Für Erdogan entsteht mit den Kriegen ein Dilemma: Seine Kriege sind wie ein Fahrrad. Wenn es sich nicht mehr bewegt, fällt Erdogan. So kämpft er weiter, setzt er seine Kriege fort. Gerade in Syrien.

IV. Rojava

Das kurdische Nordsyrien erlebte seit 2012 eine Freiheit, die es zuvor nie gegeben hatte. Die Baath-Herrschaft hatte die Region vernachlässigt und arabisiert; tausenden syrischen Kurden wurde die Staatsbürgerschaft aberkannt.

2012 zog das Regime seine Truppen und Beamten ab. Sie wurden in anderen Regionen gebraucht. Die Menschen in den drei kurdischen Kantonen Afrin, Kobane und Cizre verwalteten sich nun selbst, um ein Überleben in Zeiten des Kriegs zu ermöglichen. Rojava, als West-Kurdistan, wurde zu einem Modell in der Region: Die vielen Ethnien und Konfessionen lebten zwar nicht ganz

Volk ohne eigenen Staat

Hauptsiedlungsgebiet der **Kurden**



Quelle: NAVEND, dpa (2009)

© Globus 4462
Foto: dpa/Globus-Grafik

Das Siedlungsgebiet der Kurden erstreckt sich über fünf Staaten des Nahen Ostens. Eindeutiger Schwerpunkt ist die Türkei.

frei von Spannungen, aber demokratischer und toleranter als in allen anderen Teilen der Region. Alle Ethnien und Konfessionen waren in der Exekutive und Legislative vertreten, nirgends sonst sind die Frauen gleichberechtigt wie in Rojava. Ziel war nie ein unabhängiger eigener Staat, sondern Autonomie innerhalb der bestehenden Grenzen.

Die Türkei sieht aus drei Gründen in einem kurdischen Korridor eine Gefahr: Sie fürchtet einen kurdischen Korridor vom Nordirak bis ans Mittelmeer. Die irakischen Kurden müssten ihr Erdöl nicht mehr über die Türkei exportieren. Sie fürchtet, dass sich die USA und die Kurden in dem Korridor festsetzen und die Türkei von der arabischen Welt abschneiden. Und sie fürchtet Rückzugsorte für die PKK.

Die Begründung lautete, Afrin bedrohe die Sicherheit der Türkei. Von dort würden Raketen auf die Türkei abgeschossen.

Am 24. August 2016 startete die Türkei die „Operation Schutzschild Euphrat“. Sie vertrieb den IS aus der Region um Jarabulus und al-Bab. Sie kam damit den Kurden zuvor und verhinderte so das Zusammenwachsen der Kantone Kobane und Afrin. Seither weht die türkische Flagge über einem Gebiet, dessen Zentrum die Stadt Jarabulus ist. Die Türkei machte die Stadt zu ihrem militärischen und administrativen Zentrum in Syrien. Sie siedelte dort 150.000 syrische Flüchtlinge aus der Türkei an und bildete die neue FSA aus, die sie jetzt in Afrin einsetzte.

V. Wie die Türkei und Syrien zusammenhängen

Afrin war die einzige Region Syriens, die von 2011 bis 2018 von dem Bürgerkrieg in Syrien und von dem IS-Terror verschont geblieben ist. Daher suchten dort 400.000 Flüchtlinge Zuflucht, vor allem aus Aleppo. Mit diesem Frieden war es am 20. Januar 2018 vorbei, als die Türkei mit der Operation „Olivenzweig“ die Eroberung von Afrin startete. Die Begründung lautete, Afrin bedrohe die Sicherheit der Türkei. Von dort würden Raketen auf die Türkei abgeschossen. Dafür gibt es jedoch keinen einzigen Beleg.

Lange hatte die Türkei gehofft, den Gang der Dinge in Syrien über Stellvertreter zu beeinflussen. Das ist gescheitert. Daher muss die Türkei nun eigene Truppen einsetzen, will sie in Syrien etwas erreichen – also die reguläre türkische Armee sowie Spezialeinheiten der Polizei und Gendarmerie. Die waren eigens für den Häuserkampf ausgebildet worden, und sie waren bereits 2015/16 an der Zerstörung kurdischer Städte in der Türkei beteiligt.

Die Türkei greift auch auf die „Freie Syrische Armee“ zurück. Die hat mit der FSA der Jahre 2011/12 nur noch den Namen gemeinsam. Heute setzt sie sich zusammen aus sunnitischen syrischen Kämpfern, die zuvor in islamistischen Gruppierungen gekämpft hatten, auch in Raqqa und Deir al-Zor.

Warum hat die Türkei in Afrin zugeschlagen? Erstens, die Türkei bezeichnet die YPG, die Streitmacht der syrischen Kurden, als Terrororganisation, die mit der PKK liiert sei und die Türkei bedrohe. In den Listen des UN-Sicherheitsrats mit den Terrororganisationen, die in Syrien bekämpft werden dürfen, tauchen die YPG aber nicht auf. Zweitens, am 17. Januar 2018 erklärte

der damalige US-Außenminister Tillerson, die USA wollten länger an der Seite der Kurden in Syrien bleiben, um den IS zu bekämpfen und den iranischen Einfluss einzudämmen. Die Türkei hatte aber damit gerechnet, dass sich die USA zurückziehen würden und sie dann in Nord-Syrien freie Hand hätte.

Die USA könnten sich nun bald aus Syrien zurückziehen. Das könnte das Verhältnis zur Türkei verbessern. Aus Washington kommen jedoch widersprüchliche Signale. Noch stehen sich 12 Kilometer nördlich von Manbij amerikanische Soldaten, die mit den Kurden zusammenarbeiten, und türkische Truppen, die das Gebiet erobern wollen, gegenüber. So droht am Sajur ein bewaffneter Konflikt zwischen zwei Nato-Partnern.

Ein weiterer Aspekt der türkischen Aggression ist, dass die Türkei in Afrin syrische Flüchtlinge ansiedeln will. Denn in der Türkei nehmen die Spannungen zwischen der Türkei und den syrischen Flüchtlingen zu. Ihre Zahl liegt bei 3,5 Millionen plus 800.000 in der Türkei geborener Babys. Auch sollen dort Turkmenen angesiedelt werden, die etwa aus dem Nordirak stammen, und Familien der protürkischen arabischen Kämpfer.

Erdogan sagte, Afrin werde seinen „rechtmäßigen Besitzern“ zurückgegeben. Die werden aber vertrieben, denn traditionell stellten die Kurden mehr als 90 Prozent der Bevölkerung von Afrin. Leidtragende sind insbesondere die Jesiden. Sie werden von den bärtigen Islamisten vertrieben, weil sie Kurden und weil sie Jesiden sind, also Freiwill. Ihre gut 20 Dörfer in Afrin wurden vollständig zerstört.

VI. Folgen für den Westen

Die neue Dynamik in Syrien (Russland als der neue powerbroker und ein

Themen „zur Debatte“

Editorial 2

Kurdenkriege

Konflikte um ein Volk ohne Land
Rainer Hermann 1

Panorama Naher Osten:
Ein Gespräch zwischen
Klaus Naumann
und Rainer Hermann 5

Im Dialog mit Bach

Konzert und Workshops
mit Anna Gourari und
dem Marcin Wasilewski Trio 8

Philosophische Tage 2017 Menschenrechte – Erosion einer Idee?

Menschenwürde – Wesensmerkmal,
Recht oder Haltung?
Eva Weber-Guskar 9

Eine kleine Systematik der
Menschenrechte
Peter Koller 14

Gefährlicher Einsatz für die
Menschenrechte
Ingrid Bausch-Gall 18

Armut als Bedrohung der
Menschenwürde? Die Frage
der sozialen Menschenrechte
Arnd Pollmann 21

Religionsfreiheit. Ein Menschenrecht
unter Druck
Marianne Heimbach-Steins 24

Meinungsfreiheit in Zeiten
von Hassrede und „Fake News“
Alexander Filipović 28

Von der Macht des Heiligen Ein Gegenentwurf zu Max Webers Entzauberungsthese

Prophetie und Prognose: Wie
reden wir über die Zukunft?
Hans Joas 31

Christentum und Säkularität Impulse aus der Theologie Eugen Bisers

Religion und Recht
Paul Kirchhof 35

Provokationen der Freiheit
Gunther Wenz 39

Christentum und säkulare Welt
Martin Thurner 41

Christlich motiviert? Die Geschichte der „Weißen Rose“

Kontroverse Deutungen von den
Anfängen bis zur Gegenwart
Michael Kißener 43

Impressum 4



Foto: dpa/Diego Cupolo

Kurdische Soldaten – ausgestattet auch mit Waffen aus NATO-Staaten – bekämpften über viele Jahre hinweg am effektivsten die Terrormilizen des „Islamischen Staates“.

passives Amerika) hat zu einer Annäherung der Türkei an Russland geführt. So hat Russland den Luftraum freigegeben, damit türkische Kampfflugzeuge Afrin bombardieren konnten. Russland versprach sich davon zweierlei: Die syrischen Kurden, der Partner der USA, würden geschwächt. Und es würde ein Keil zwischen die Nato-Partner USA und Türkei getrieben. Denn Russland will die Türkei aus der Nato herauslösen. Für Russland ist der große Preis nicht Syrien, sondern die Türkei. Syrien ist nur ein Hebel, um weiterreichende Ziele zu erreichen.

Denn Russland will die Türkei aus der NATO herauslösen. Für Russland ist der große Preis nicht Syrien, sondern die Türkei.

Die Türkei wiederum sieht in den USA ein Sicherheitsrisiko, denn Washington arbeitet mit den Staatsfeinden Nummer eins, den Kurden, zusammen. Die Türkei scheint daher bereit, einen Bruch mit den USA in Kauf zu nehmen. In der Türkei ist heute zu hören, es

mache keinen Unterschied, ob man der Nato angehöre oder nicht. Es ist nicht mehr gewiss, ob die Türkei ein Teil der Nato bleiben oder sie verlassen will. Im Werben um die Gunst der Türkei hat damit Russland gegenüber den USA die besseren Karten.

Was lernen wir aus dem Feldzug in Afrin? Die Türkei setzt in der Kurdenfrage auf Gewalt, im eigenen Land wie in Syrien. Und die Türkei vollzieht eine Änderung ihrer Außenpolitik und setzt sich immer mehr von Atatürk ab. Denn Atatürk billigte einst das Friedensabkommen von Lausanne 1923, das die Grenzen der Türkei festlegt. Einer seiner wichtigsten Sprüche lautete: „Yurtta sulh, cihanda sulh“ („Friede zu Hause, Friede in der Welt“). Erdogan stellt als der Anti-Atatürk hingegen Lausanne in Frage und beruft sich auf die Grenzen, die sich die Unabhängigkeitsbewegung 1919 gegeben hatte. Dort sind Nordsyrien und der Nordirak ebenso wie griechische Inseln in der Ägäis als türkisches Territorium eingezeichnet. Erdogans Losung könnte daher lauten: „Yurtta harp, cihanda harp“ („Krieg zu Hause, Krieg in der Welt“).

VII. Einige Folgerungen

1. Noch nie hat ein Krieg zu einem dauerhaften Sieg über die Kurden geführt. Der Kurdenkonflikt kann nur

politisch (und wirtschaftlich) beigelegt werden. Auch die faktische Annexion von Afrin wird weder die syrischen noch die türkischen Kurden befrieden.

2. Die Kurden werden als kleiner Akteur immer wieder fallen gelassen. Das war so 1975 und 1990 durch die USA, was Bitterkeit geschaffen hat. Auch heute entzieht der US-Präsident wieder seine Unterstützung, Frankreich könnte die Lücke füllen.

3. Die Kurden haben in Syrien ein paar Trümpfe: In ihrem Gebiet liegen die Hälfte der syrischen Ölfelder und die besten Ackerböden, Euphrat und Tigris fließen durch die kurdische Region, sie ist wasserreich. Die Kurden halten damit den Schlüssel für die Zukunft Syriens in der Hand.

4. Der Westen muss sich fragen, wie er mit der Türkei umgeht. Als Russland die Krim besetzt und annektiert hat, beschloss der Westen Sanktionen. Heute tut Erdogan das Gleiche in Nordsyrien, und wir drücken die Augen zu. Wie lange kann die Türkei noch Mitglied in der Nato sein? □

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 48

Herausgeber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,
Telefon 089/38 1020, Telefax 089/38 1021 03,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich.
Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig).
Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:
Kto.-Nr. 2355 000, BLZ 750903 00
IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00
SWIFT (BIC): GENODEF1M05.
Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.



Panorama Naher Osten: Gespräch zwischen Klaus Naumann und Rainer Hermann

Klaus Naumann: Herr Hermann, herzlichen Dank für einen, so denke ich, alle bewegenden und faszinierenden Vortrag, der viele Facetten aufgezeigt hat und der uns die ganze Komplexität der Situation des Nahen und Mittleren Ostens vor Augen geführt hat. Meinem Dafürhalten nach sollten wir unser Gespräch so führen, dass wir uns zunächst mit der allgemeinen Situation im arabischen Raum befassen, bevor wir dann auf die kurdische Frage eingehen.

Wenn ich auf die allgemeine Lage blicke, dann ist mein Eindruck, dass mit der Fehlentscheidung des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, rote Linien erst rosa werden und dann ganz verschwinden zu lassen, Amerikas Rückzug aus dem Nahen Osten eingeleitet wurde. Sein Amtsnachfolger Donald Trump setzt diese Entwicklung fort und Europa, das eine aktive Rolle spielen müsste, da es um seine Peripherie geht, findet mal wieder nicht statt. Man hofft, dass dies anders wird.

Eine Facette, die Sie in Ihrem ungemein lesenswerten Buch „Arabisches Beben“ beschrieben haben, ist jene, dass Jahr für Jahr neun Millionen junge Araber in der islamischen Welt neu hinzukommen; das sind zwar 21 Millionen weniger, als in Afrika Jahr für Jahr hinzugeboren werden, aber dennoch: Afrika wie Naher Osten haben nur einen Bereich, wohin der Bevölkerungsdruck sich entladen kann, und das ist Europa.

Also haben wir ein Problem, mit dem wir uns jetzt befassen müssen, damit wir morgen nicht überrascht werden. Dies muss man sehen und auch den weiteren Punkt bedenken, den Sie in Ihrem Buch erwähnen, aber heute nicht angesprochen haben, dass wir nämlich im Nahen Osten einen Bereich haben, in dem aller Voraussicht nach bald mehr als eine Atommacht existieren wird. Die eine ist Israel, die zweite – virtuelle – ist der Iran. Ich gehöre nicht zu denen, die das Atomabkommen mit dem Iran so in den Himmel preisen, wie es Politiker in Berlin aus Furcht vor dem Handeln tun. Der Iran hat bis 2025 eine Pause, aber danach ist er eine Atommacht, wenn er das sein will. Und dann sehen wir die vielen Bemühungen auch der Türkei, Reaktoren zu bauen. Bei den Gesprächen zwischen den Präsidenten Erdogan und Putin, die jetzt gerade stattgefunden haben, war ja ein Ziel ein Reaktorbau, ein russischer Reaktorbau. Reaktoren sind der schnelle Weg zur Atomwaffe; denn damit hat man Plutonium, um Atomwaffen herzustellen.

Also werden wir vor unserer Haustüre möglicherweise Atomwaffenstaaten haben, ein Grund mehr, uns damit zu beschäftigen. Schließlich teile ich Ihre Meinung, dass Putin sicher nur ein strategisches Ziel hat: die Nato zu schwächen und die EU zu spalten. Deswegen bindet er sich den Mühlstein Syrien um den Hals. Die Operation, bei der die



Rainer Hermann: „Es gibt drei Antworten: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Arbeitsplätze müssen geschaffen werden.“



Klaus Naumann: „Afrika wie Naher Osten haben nur einen Bereich, wohin der Bevölkerungsdruck sich entladen kann, und das ist Europa.“

Menschen in Russland nicht wissen dürfen, wie viele Russen dort bereits gefallen sind – die Gefallenen dort wie auch die in der Ukraine werden offiziell nicht bestattet –, diese Operation in Syrien kostet pro Tag eine zweistellige Millionen-summe in US-Dollar. Das nimmt Putin in Kauf, um in Syrien eine Machtposition zu haben, die ihm den Zugang zum Mittelmeer eröffnet und die es ihm ermöglicht, Westeuropa weiter zu schwächen. Was können wir in dieser Situation tun? Was würden Sie der deutschen Regierung empfehlen, jetzt zu unternehmen, um eine aktivere Rolle im arabischen Raum zu spielen und sich auf die Zukunft vorzubereiten?

Rainer Hermann: Ich bin froh, Journalist zu sein. Aber auch als Journalist hat man Verantwortung. Es ist ein sehr komplexes Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Nur zu fordern, keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien zu liefern, das mag manche durchaus entlasten, damit lösen wir aber das Problem nicht. Es gibt drei Antworten: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Sie hatten die neun Millionen Menschen angesprochen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt drängen. In Ägypten allein sind es jedes Jahr über 800 000 Menschen, die wenigsten von ihnen finden einen Arbeitsplatz. Das heißt, die Bugwelle von Arbeitslosen wird jedes Jahr größer. Diese Menschen stehen einem Regime gegenüber, das repressiv ist, das keine Arbeitsplätze schafft, keine Zukunft eröffnet. Es bleibt den Leuten keine andere Möglichkeit als zu sagen: Jetzt wandere ich aus.

Ein Problemfeld sind also die Arbeitsplätze. Aber wie können wir dazu beitragen, dort Arbeitsplätze zu schaffen? Es muss zu einer Transformation der bestehenden Ordnungen kommen. Es kann nicht sein, dass wir einerseits Entwicklungshilfe leisten und andererseits mit den Potentaten zusammenarbeiten. Ich plädiere immer dafür: Wir müssen deutschen und europäischen Firmen Anreize geben, damit sie beispielsweise in Tunesien oder in Ägypten Arbeitsplätze schaffen. Auch müssen wir Handelserleichterungen gewähren. Wir klagen darüber, dass der neue von Donald Trump beförderte Isolationismus fürchterlich sei, was er auch ist. Aber wir müssen selbst in den Spiegel schauen: Ein lupenreiner Freihandelspartner ist auch die EU nicht. Das heißt also konkret: Wir sollten Investitionen in arabischen Ländern fördern.

Ein weiterer Punkt ist der, dass wir uns von den Diktatoren dieser Länder nicht aufschwatzen lassen sollten, wer unsere Partner zu sein haben. Gerade der ägyptische Präsident, für den alle, die nicht für ihn sind, Terroristen sind, ist da ein Beispiel. Ich habe Tage und Nächte auf dem Tahir Platz verbracht. Meine Freunde von damals, nicht nur die liberalen Freunde, sondern auch die Islamisten, sind im Gefängnis und kommen nicht mehr heraus. Wie arbeiten wir mit solchen Diktatoren zusammen? Ich meine, die Zusammenarbeit mit Diktatoren kann nur eine kurzfristige Lösung sein, um den Strom von Flüchtlingen aufzuhalten. Die Angst ist aber berechtigt, dass die Dämme zerbrechen und zerbröseln und die Flüchtlinge doch zu uns kommen. Ich habe da aber noch



Klaus Naumann: „In vielen dieser Länder gäbe es landwirtschaftliche Produkte, die Arbeitskräfte binden würden, aber diese Produkte können nicht nach Europa exportiert werden, weil hier bei uns weiterhin Jahr für Jahr Milliarden an Subventionen für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgegeben werden.“

eine viel größere Angst. Ägypten ist wie ein Kessel. Der Druck nimmt zu und das Regime versteht es nicht, ein Ventil zu öffnen. Das heißt, irgendwann wird, das ist meine skeptische Prognose, Ägypten mehr implodieren als 2011, und dann werden die Kämpfe auf der Straße viel blutiger sein als damals. Das heißt, wir müssen einen anderen Umgang mit diesen Diktatoren finden, und wir brauchen Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft.

Klaus Naumann: Das setzt voraus, dass die EU ihre Politik dramatisch verändern muss, denn sie ist eine protektionistische Zone, da dürfen wir uns nichts vormachen. Allen voran gilt dies für die Landwirtschaft. In vielen dieser Länder gäbe es landwirtschaftliche Produkte, die Arbeitskräfte binden würden, aber diese Produkte können nicht nach Europa exportiert werden, weil hier bei uns weiterhin Jahr für Jahr Milliarden an Subventionen für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgegeben werden. Wenn dieser Unfug nicht gestoppt wird, werden wir eines Tages von Arbeitsmigranten überrannt werden. Die Schätzung der Weltbank für das Jahr 2020 geht dahin, dass 250 Millionen Flüchtlinge vor Europas Toren stehen. Also: Es wird Zeit, über diese Problematik nachzudenken.

Rainer Hermann: Ich möchte noch eine Zahl nennen, um die Perspektiven aufzuzeigen, wie sehr diese demographische Zeitbombe tickt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die 22 Staaten der Arabischen Liga gut 70 Millionen Einwohner. Heute haben sie 414 Millionen Einwohner und nach Prognosen

der Vereinten Nationen werden sie im Jahr 2050 rund 676 Millionen Einwohner haben. Das ist bis zur Jahrhundertmitte ein Zuwachs von mehr als 250 Millionen Menschen – allein in der arabischen Welt.

Klaus Naumann: Das Problem wird noch durch den Klimawandel verschärft, der in vorhersehbarer Zeit einen Teil der fruchtbaren Böden Ägyptens vernichten wird. Es kommt noch etwas anderes hinzu. In dieser Region wird zurzeit Krieg geführt, und es wird weiter Krieg geführt werden, manche sprechen vom 30-jährigen Krieg des Nahen Ostens. Und es bahnt sich ein großer Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran an. Was der Iran treibt, im Libanon und in Syrien, ist nichts weiter, als eine Zange um den Erzfeind Israel zu bilden; Israel aber lässt nicht den geringsten Zweifel daran zuzuschlagen, bevor sich die Zange schließt. Wo immer Krieg geführt wird, heißt das für Europa: neue Flüchtlingswellen, neue Instabilität, neue Unsicherheit. Was tun wir denn jetzt, um jenen Konflikten entgegenzutreten, um sie zu entschärfen?

Rainer Hermann: Es gibt wenige Länder, die gute Beziehungen zu Iran und auch zu Saudi-Arabien haben. Wenn dieser saudisch-iranische Konflikt nicht beigelegt wird, dann bekommt man die Konflikte in der Region nicht in den Griff. Es gibt noch keinen heißen Krieg zwischen Saudi-Arabien und Iran, sondern viele Stellvertreterkriege in mehreren Ländern, aber das ist wie Domino: Wenn ein Stein fällt, kann er leicht andere zum Umstürzen bringen, kann es

leicht zu einem Flächenbrand kommen. Iran hat in Syrien bereits über ein Dutzend Stützpunkte und zwei Waffenfabriken, die für die Hizbullah Raketen produzieren; wenn Israel Angriffe gegen syrisches Territorium fliegt, dann sollten sie das tun, bevor die Waffen in die Hände der Hizbullah gelangen. Ein Weg für die Machthaber im Iran könnte sein, dass sie der Hamas oder der Hizbullah sagen: Beginnt einen Krieg gegen Israel; wenn Israel dann zurückschlägt, könnten wir vielleicht eine panislamische Solidaritätswelle erzeugen.

Eine Zahl noch zu den Rüstungsausgaben: Keine Region der Welt hat höhere Rüstungsausgaben als die arabische Welt plus Iran: 6,6% des Bruttoinlandsprodukts, Tendenz steigend. Die Saudis haben zurzeit über 12%, was daran liegt, dass sie auf Hochtechnologie setzen, während der Iran auf asymmetrische Kriegsführung setzt, das heißt auf Raketen und ihre Revolutionsgarden, weniger auf amerikanische Hochtechnologie. Wenn dann noch eine Nuklearisierung der Region hinzukommt, wird es noch prekärer.

Demnächst wird das erste Atomkraftwerk in Abu Dhabi eröffnet, Saudi-Arabien hat Atomkraftwerke bestellt, Ägypten hat Atomkraftwerke bestellt, die Türkei ebenfalls; in einem Atomkraftwerk fällt Plutonium an, die Vorstufe zu Atomwaffen. Das heißt, wir sind an der Schwelle eines Szenarios, dass aus vielen kleinen aktuellen Kriegen ein großer Krieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran entbrennen kann.

Dazu noch kurz ein Wort: Die arabische Welt war sunnitisch seit Saladin vor 800 Jahren. Dann kam die islamische Revolution, die den Verfassungsauftrag hat, diese Revolution von 1979 in die muslimische Welt hinein zu exportieren und arabische Herrscher zu

stürzen. Das ist zunächst ein politischer Kampf, aber es kommt eine gefährliche religiöse Komponente hinzu. Denn sunnitische und schiitische Muslime haben konträre politische Ordnungsvorstellungen, und jetzt wird es erst richtig spannend. Die Sunniten sagen, Allah habe denjenigen zum Herrscher auserwählt, der tatsächlich die Führung der Gemeinde übernommen hat; er ist derjenige, der zeigt, dass er die Gemeinde führen kann, er hat die Fähigkeiten dazu, deshalb wollte Allah ihn haben. Also ein pragmatischer Ansatz.

Die Schiiten sagen dagegen, nur ein Nachkomme von Ali, Mohammeds Schwiegersohn, trägt das göttliche Licht in sich, alle anderen sind Usurpatoren und müssen gestürzt werden. Im Jahr 680 – für viele Muslime ist das wie gestern – fand die entscheidende Schlacht von Kerbela im Süden des Iraks statt, und damals ist dieses Schisma grundgelegt worden. Damals hat Yazid, ein sunnitischer Herrscher, eine kleine Schar von Schiiten besiegt, er hat Alis Sohn Hussein getötet, enthauptet und den Kopf als Siegestrophäe nach Damaskus gebracht. Die Schiiten argumentieren seither, dass mit dem Tod von Hussein, der das göttliche Licht Alis in sich trug, der Welt die Gerechtigkeit verloren gegangen ist; seither haben nur Usurpatoren geherrscht. Jetzt aber besteht durch den Export der islamischen Revolution die Chance, Gerechtigkeit wieder herzustellen.

Der Iran hat nach dem Fall von Saddam Hussein eine Einflusszone von Teheran über Bagdad, zum Assad-Regime in Syrien und zur Hizbullah nach Beirut geschaffen: ein Korridor quer durch den Nahen Osten, von Teheran bis ans Mittelmeer und bis an die israelische Grenze. Im Iran sind Leute an der Macht, die die islamische Revolution exportieren



Rainer Hermann: „Iran hat in Syrien bereits über ein Dutzend Stützpunkte und zwei Waffenfabriken, die für die Hizbullah Raketen produzieren; wenn Israel Angriffe gegen syrisches Territorium fliegt, dann sollten sie das tun, bevor die Waffen in die Hände der Hizbullah gelangen.“

wollen. Eine der Grundbedingungen der Islamischen Republik ist die Feindschaft zu Israel. Zwar sagen nur einige, es gehe um das Auslösen von Israel; aber es ist ein Grundprinzip, ein Gründungsprinzip der islamischen Republik, Israel zu bekämpfen. Jetzt hat sie den Korridor dort hin.

Wer reagiert jetzt in der arabischen Welt? Es gab traditionell vier Regionalmächte. Der Irak ist schiitisch geworden, Syrien ist unter dem Einfluss von Assad und durch Bürgerkrieg als Machtfaktor auch ausgefallen, Ägypten paralyisiert sich selbst durch ein unfähiges Regime. So bleibt nur Saudi-Arabien. Die Machthaber dort sagen nun: Wir nehmen es auf uns, diese iranische Invasion zurückzuweisen. Die arabische Welt gehört uns Arabern, wir sind Sunniten, und wir wollen die Schiiten und Iran zurückdrängen; die können ihr eigenes Reich haben, aber nicht bei uns. Das ist der Konflikt: ein politischer Konflikt, überlagert durch religiöse Emotionen, die sich mobilisieren lassen. Zusammengefasst: Das Schlachtfeld ist Syrien. Wie das Schlachtfeld des 30-jährigen Krieges Deutschland war, wo sich die Ordnung Europas entschieden hat, so entscheidet sich in Syrien die künftige Ordnung des Nahen Ostens. Wer wird dann das Sagen haben? Wird es eine iranisch oder eine saudisch geprägte Ordnung sein? Deswegen ist es ein so erbittert geführter Kampf, und ich glaube, es steht uns noch einiges bevor.

Klaus Naumann: Diese keineswegs erfreuliche Perspektive unterstreicht wiederum, dass man nicht einfach zusehen darf, sondern versuchen muss, eine Position zu entwickeln, möglichst eine Position der Europäischen Union insgesamt, die gegenwärtig allenfalls ein Rudiment einer Außenpolitik hat. Und was

noch viel schlimmer ist: Sie hat überhaupt keine Macht, mehr Außenpolitik durchzusetzen oder umzusetzen. Die EU ist wirtschaftlich eine globale Macht, aber in allen anderen Machtkategorien ist sie ein impotenter Zwerg. Und dennoch: Unser Schicksal entscheidet sich mit im arabischen Raum, deshalb dürfen wir nicht einfach nur zuschauen, was dort passiert. Mein Fazit aus dem, was Sie eben sagten, ist: Wir werden in dieser Region weitere zerfallende Staaten sehen, wir werden weitere Instabilität sehen, wir werden neue Grenzen sehen, die ganz anders aussehen als die, die wir heute kennen. Wenn wir uns das vor Augen führen, glauben Sie dann, dass man für die Kurden eine staatliche Lösung finden kann? Wenn ich auf unser Europa blicke, das sich 1990 aus der Erstarrung des Kalten Krieges löste, in dem neue Staaten entstanden und alte Staaten wieder entstanden sind, die baltischen Staaten, die Balkanstaaten, dann waren zumindest zwei Elemente zu sehen, die zusammen wirkten: Es gab eine ethnische und eine religiöse Identität, beide führten die Staaten zusammen. Ich nehme die Beispiele des zerfallenen Jugoslawiens: Kroatien war katholisch und kroatisch; Serbien waren orthodox und serbisch. Also konnte man daraus Staaten bilden. So war das in fast allen Fällen. Wenn ich das nun übertrage auf die Situation der Kurden, kann so ein Staat wie Kurdistan überhaupt entstehen?

Rainer Hermann: Im Prozess des Staatszerfalls wird die Frage der Identität virulent. Staaten zerfallen, und neue Identitäten, neue Gemeinschaften müssen sich herausbilden. Die Staaten sind zerfallen, weil sie ihren Aufgaben als Staaten nicht nachgekommen sind. Das waren keine inklusiven Staaten, sie ha-



Rainer Hermann: „Wer bietet mir bei einem Zerfallsprozess Schutz? Es ist die Moschee, denn die Moschee hat mir immer genutzt, sie hat im Zweifelsfall auch eine Miliz, ein Krankenhaus oder eine Schule und sorgt sich bei Notfällen.“



Klaus Naumann: „Die EU ist wirtschaftlich eine globale Macht, aber in allen anderen Machtkategorien ist sie ein impotenter Zwerg.“

ben viele Menschen ausgeschlossen. Sie waren keine funktionierenden Staaten, keine mit good governance. Die Menschen haben gesagt: Was nutzen uns diese Staaten? Werfen wir doch das Joch ab! Das war im Jahr 2011.

Und dann stellten sich viele die Frage: Wer bin ich? Mit wem will ich zusammenleben? Bin ich ein irakischer Nationalist oder ein schiitischer Muslim oder ein säkularer Panarabist? Und so bildeten sich neue Gruppen von Leuten, die einander trauten. Die Frage der Identität stellt sich ja deshalb, weil die Menschen Schutz suchen. Wer bietet mir bei einem Zerfallsprozess Schutz? Es ist die Moschee, denn die Moschee hat mir immer genutzt, sie hat im Zweifelsfall auch eine Miliz, ein Krankenhaus oder eine Schule und sorgt sich bei Notfällen. So entstehen dann neue Kreise.

Bei den Kurden ist es eine klare ethnische Identität. Die meisten sind sunnitische Muslime, einige sind Jesiden, in der Türkei sind ein paar Aleviten, aber es gibt eine sehr starke ethnische Identität. Wenn man diese Region seit Jahrzehnten beobachtet, war wohl der kurdische Nationalismus noch nie so groß, wie in diesen Tagen. Aber wenn sich für die Kurden das Fenster der Gelegenheiten schließt, kommen sie eben nicht weiter. Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Der ehemalige Kurdenpräsident Barzani hat gesagt: Ich bin 1946 in einer kurdischen Republik geboren, die kurzzeitig durch die Sowjets ermöglicht worden war, und ich will in einer kurdischen Republik sterben. Auch deswegen hat er das Unabhängigkeitsreferendum auf den 25. September 2017 festgelegt; dies war leider verfrüht, er musste ein-

gestehen, dass es ein Fehler war, und ist danach zurückgetreten.

Ich sehe kein Ende des staatlichen Zerfallsprozesses. Es werden sich neue Fronten auftun. Die Türkei überschätzt sich, sie wird diesen eroberten Gebietszipfel im Norden Syriens nicht auf Dauer halten können. Iran wendet sich stark gegen die türkische Präsenz in Nordsyrien, und es ist die Frage, wann die iranischen Truppen gegen sie mobil machen werden. Die Amerikaner sind auch nicht glücklich mit dem türkischen Vorgehen. Die Russen wiederum wollen es. Assad will es überhaupt nicht, er hat sogar, um die Grenzen zu schützen, seine Truppen nach Afrin geschickt, die dann unter das Feuer der türkischen Jets kamen und ihren Auftrag nicht erfüllen konnten. Dennoch ist es keineswegs sicher, dass die Türkei dieses Gebiet in Nordsyrien halten kann.

Klaus Naumann: Der Hauptakteur in der Frage des Kurdenstaates ist ohne Zweifel die Türkei, auch von der Größe des Siedlungsgebietes her. Präsident Erdogan dürfte wissen, dass es im 21. Jahrhundert zwei Machtmittel gibt, die schlicht unverzichtbar sind: Das eine ist die Beherrschung von Daten, das ist das Öl des 21. Jahrhunderts; das zweite ist, zumindest in dieser Region, das Wasser. In den Kurdengebieten liegen die großen Stauseen, mit denen die gesamte Wasserversorgung im Irak und in Teilen Syriens kontrolliert werden kann. Können Sie sich vorstellen, dass jemals ein verantwortlicher Politiker in der Türkei dieses Wasserreservoir als Machtquelle an einen anderen Staat preisgeben kann?

Rainer Hermann: Absolut nicht. Aber den Kurden geht es ja auch nicht um Eigenstaatlichkeit, sondern zunächst einmal um Autonomie. Sie wollen weitgehende Autonomie.

Klaus Naumann: Das wäre eine Brücke.

Rainer Hermann: Die Türkei ist sich dieses Machtmittels Wasser sehr wohl bewusst. Ich kann mich gut an eine Pressekonferenz in den 1990er Jahren erinnern, in der der damalige türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel gesagt hat: Die Araber haben das Öl, und wir haben das Wasser. Die arabischen Kollegen sind sofort zu den Telefonen gerannt und haben in ihre Länder durchgegeben: das ist eine Kriegserklä-

rung. Natürlich wird kein türkischer Politiker das Wasser als Machtmittel aus der Hand geben.

Klaus Naumann: Dieses Faktum bleibt und muss auch von unseren Politikern in Berlin bedacht werden. Deshalb: Autonomie für die Kurden – ja; aber wenn Deutschland einen souveränen Staat für die Kurden fordern würde, wäre es sehr gefährlich. Das wäre eine Forderung, die die Türken noch stärker in die Arme derer treibt, in denen wir sie nicht sehen wollen, und was wir auch nicht zulassen dürfen. Die deutsche Politik muss sich überlegen, wie sie den Kurden gerecht wird, ohne die Türkei vor den Kopf zu stoßen. Das wäre eine Folgerung aus dem, worüber wir beide uns jetzt ausgetauscht haben.

Rainer Hermann: Wenn ich hier nochmals eine kurze Bemerkung machen darf. Wie jedes Land so hat auch die Türkei ihre Traumata. Eines davon ist „Sèvres“, der Vertrag nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, den das Osmanische Reich 1920 abschließen musste. Wann immer man mit Türken über Kurden spricht, geht in ihrem Kopf „Sèvres“ auf: die Zerstückelung der Türkei durch den Westen, die Aufteilung der Türkei auf mehrere Nationen. Da muss man auf jeden Fall vorsichtig sein; es darf in den türkischen Köpfen nicht das Gefühl aufkommen, der Westen arbeite an einem neuen „Sèvres“.

Klaus Naumann: Das kann ich nur unterstreichen. Ich würde sogar noch einen Punkt weiter gehen. Ich habe ein-

mal von türkischen Freunden gehört, dass es in der Türkei durchaus eine Denkschule gibt, wonach man nach 100 Jahren einen Vertrag wie den im Jahre 1923 geschlossenen Vertrag von Lausanne aufkündigen könne. Das wäre das gefährlichste, was passieren kann, weil dann Gebietsansprüche und etwa auch ungelöste Fragen in der Ägäis hochkommen. Von daher kann ich nur raten – wobei keine Rolle spielt, ob wir Erdogan mögen oder nicht, – Wege zu überlegen, wie die Türkei im westlichen Bündnis gehalten werden kann. Das ist meiner Meinung nach essentiell. Denn wir brauchen die Türkei, genauso wie sie auch uns braucht, besonders aus wirtschaftlichen Gründen. Vielen Dank für dieses Gespräch. □

Im Dialog mit Bach

Konzert und Workshops mit der Pianisten Anna Gourari und dem Marcin Wasilewski Trio



Anna Gourari gab einen Workshop an Nachmittag und am Abend zusammen mit dem Jazz-Trio ein Konzert.



Das Marcin Wasilewski Trio: Der namensgebende Pianist (Mi), der Kontrabassist Sławomir Kurkiewicz (li.) und der Schlagzeuger Michał Miśkiewicz.

Als Anna Gourari die ersten Töne des vielleicht schönsten Bachschen Choralvorspiels „Nun komm der Heiden Heiland“ in der Klavier-Bearbeitung von Ferruccio Busoni anschlägt, ist es mucksmäuschenstill im Vortragssaal der Katholischen Akademie. Die Weltklasse-Pianistin und das Marcin Wasilewski Trio aus Warschau gestalteten am 9. März ein außergewöhnliches Konzert unter dem Motto „Im Dialog mit Bach“. Johann Sebastian Bach bedeutet Musikern ungeheuer viel. Der Komponist Max Reger etwa nannte Bach „Anfang und Ende aller Musik“, der Jazz-Pianist Keith Jarrett meinte gar: „Seine Musik heilt alle Wunden.“

Dass die Beschäftigung mit Bach überhaupt nichts Museales an sich haben muss, bewies der Abend durch seinen gleich in mehrfacher Hinsicht dia-

Bearbeitung Busonis spielte Anna Gourari die auf ganz andere Weise am barocken Vorbild orientierte Chaconne der zeitgenössischen russischen Komponistin Sofia Gubaidulina. Die beiden Musikerinnen verbindet die gemeinsame Heimatstadt Kasan, die Pianistin hatte das Privileg, das hoch komplexe Stück gemeinsam mit der Komponistin zu erarbeiten.

Eine zweite Ebene des musikalischen Dialogs bildeten die Antworten, die das Marcin Wasilewski Trio auf Bach gab. Der namensgebende Pianist, der Kontrabassist Sławomir Kurkiewicz und der Schlagzeuger Michał Miśkiewicz musizieren bereits seit Jugendtagen zusammen, sie haben schon eine Reihe von CDs eingespielt, unter anderem mit Tomasz Stańko, Manu Katché oder Jan Garbarek. Gerade in ihrer letzten Improvisation vor der Pause war der Brü-

ckenschlag zu Bach überdeutlich, hatte sie doch die Goldberg-Variation in g-moll zum Thema – zudem ein gelungener Rückbezug zum ebenfalls in dieser Tonart stehenden Choralvorspiel vom Beginn des Konzerts.

Nach der Pause interpretierte Anna Gourari die auf das Wohltemperierte Klavier anspielenden Préludes opus 11 ihres Landsmanns Alexander Skrjabin. Sie verstand es meisterhaft, die ganz unterschiedlichen Stimmungen dieser 24 Miniaturen herauszuarbeiten. Wie ein Nachklang folgte das Adagio aus dem Oboenkonzert von Alessandro Marcello, das Bach selbst für Tasteninstrument bearbeitet hat.

Und wieder antwortete das Jazz-Trio mit Improvisationen, deren letzte – rhythmisch höchst raffiniert – das erste c-moll-Präludium aus dem Wohltemperierten Klavier paraphrasierte. Rund 175

begeisterte Zuhörer applaudierten den vier Künstlern und dem Gelingen ihres außergewöhnlichen Projekts.

Doch der Abend hatte schon ein Vorspiel am Nachmittag: In zwei Workshops gaben das Jazz-Trio und die Pianistin spannende Einblicke in ihre Arbeit. So erläuterten etwa die polnischen Musiker, wie sorgfältig und kreativ sie mit dem Bachschen Material umgehen. Und ein paar Nachwuchstalente hatten die Chance, den Profis vorzuspielen, Ermutigung zu erfahren und einige gute Tipps zu bekommen. Bei Anna Gourari dann wollte die Schar junger Pianisten gar nicht mehr abreißen, viele von ihnen sind Schüler ihres Vaters Simon, der in München eine renommierte Musikschule betreibt und einst auch der erste Lehrer seiner Tochter war.

Johannes Schießl